



Die Europäische Union steht seit Jahren unter Druck – durch geopolitische Spannungen, wirtschaftliche Divergenzen und innenpolitische Polarisierung. Doch eine der subtileren Herausforderungen entsteht nicht an ihren Außengrenzen, sondern im Innern ihrer politischen Dynamik: der zunehmenden Instrumentalisierung Europas für nationale parteipolitische Zwecke. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung an der Strategie von Marine Le Pen, deren europapolitischer Kurs exemplarisch für eine tiefere strukturelle Spannung steht.

Der Wandel des europapolitischen Diskurses

Noch vor einem Jahrzehnt war die europäische Konfliktlinie vergleichsweise klar gezogen: Auf der einen Seite standen Befürworter einer vertieften Integration, auf der anderen deren Gegner, die nicht selten den Austritt aus der Union oder zumindest aus der Eurozone forderten. Diese binäre Gegenüberstellung hat sich inzwischen aufgelöst. An ihre Stelle ist ein komplexeres Geflecht politischer Strategien getreten, in dem auch erklärten EU-Skeptikern bewusst ist, dass ein offener Bruch mit der Union politisch kaum mehrheitsfähig ist.

Marine Le Pen hat diesen Wandel früh erkannt. Ihr politisches Projekt zielt nicht länger auf den Austritt Frankreichs aus der EU, sondern auf deren grundlegende Transformation. Die Rhetorik ist moderater geworden, die Ziele jedoch bleiben ambitioniert: eine Rückverlagerung von Kompetenzen auf die Nationalstaaten, eine Einschränkung supranationaler Institutionen und eine stärkere Betonung nationaler Souveränität innerhalb der europäischen Strukturen.

Die „Europa der Nationen“-Strategie und ihre Widersprüche

Im Zentrum dieser Strategie steht die Idee eines „Europa der Nationen“ – ein Zusammenschluss souveräner Staaten, die lose kooperieren, ohne ihre politischen Entscheidungsbefugnisse substanziell zu teilen. In der Theorie erscheint dieses Modell als Gegenentwurf zu einer als technokratisch empfundenen Brüsseler Integration. In der Praxis jedoch offenbaren sich erhebliche Widersprüche.

Denn die Umsetzung dieser Vision setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen politischen Kräften voraus, deren nationale Interessen häufig divergieren. Allianzen mit Figuren wie Viktor Orbán oder Matteo Salvini illustrieren diese Problematik. Zwar eint diese Akteure eine grundsätzliche Skepsis gegenüber supranationaler Integration, doch unterscheiden sich ihre politischen Prioritäten teils erheblich.



Ungarn verfolgt etwa eine eigenständige Energiepolitik mit starker Nähe zu Russland, während Italien in Fragen der Haushaltsdisziplin regelmäßig mit Brüssel ringt. Frankreich wiederum hat traditionell ein Interesse an einer starken europäischen Industriepolitik. Diese Unterschiede erschweren eine kohärente gemeinsame Linie – insbesondere bei konkreten politischen Entscheidungen.

Opportunismus statt Kohärenz

Die Folge ist eine zunehmende Fragmentierung innerhalb jener Kräfte, die vorgeben, Europa neu gestalten zu wollen. An die Stelle einer konsistenten politischen Vision tritt häufig eine pragmatische, bisweilen opportunistische Koalitionslogik. Europäische Institutionen werden dabei nicht als eigenständige politische Ebenen begriffen, sondern als Arenen, in denen nationale Interessen durchgesetzt werden sollen.

Diese Entwicklung ist nicht neu, gewinnt jedoch an Intensität. Sie verschiebt das institutionelle Gleichgewicht der EU, indem sie die Idee eines gemeinsamen europäischen Interesses unterminiert. Statt langfristiger politischer Projekte dominieren kurzfristige parteipolitische Kalküle, die sich an nationalen Wahlzyklen orientieren.

Gerade hierin liegt die eigentliche Brisanz: Wenn Europa primär als Mittel zur innenpolitischen Profilierung genutzt wird, verliert es seine Funktion als stabilisierender Rahmen für Kooperation. Die Union wird zur variablen Größe – anpassbar an nationale Bedürfnisse, aber dadurch auch anfälliger für politische Instrumentalisierung.

Resonanz in der Öffentlichkeit

Es wäre jedoch verkürzt, diese Entwicklung ausschließlich als strategische Inkonsistenz zu interpretieren. Sie reflektiert auch eine reale Verschiebung in der öffentlichen Meinung vieler Mitgliedstaaten. In Frankreich, Italien oder auch Deutschland ist das Vertrauen in europäische Institutionen, insbesondere durch die Migrationsdebatten, spürbar gesunken.

Marine Le Pen gelingt es, diese Skepsis politisch zu mobilisieren. Ihre Strategie basiert auf der Annahme, dass eine grundlegende Reform der EU nur dann möglich ist, wenn europaskeptische Kräfte innerhalb der Institutionen an Einfluss gewinnen. In diesem Sinne ist ihr Ansatz durchaus rational: Er verbindet institutionelle Teilnahme mit systemischer Kritik.

Doch gerade diese Doppelstrategie – Teilhabe und Ablehnung zugleich – erzeugt Spannungen. Sie verlangt eine Balance zwischen Kooperation und Konfrontation, die sich in



der politischen Praxis nur schwer aufrechterhalten lässt.

Die Grenzen des politischen Projekts

Die entscheidende Frage lautet daher: Kann eine politische Bewegung, die sich primär über nationale Interessen definiert, ein tragfähiges europäisches Projekt entwickeln? Die bisherigen Erfahrungen legen nahe, dass dies nur begrenzt gelingt.

Europäische Politik erfordert Kompromissfähigkeit, institutionelle Verlässlichkeit und die Bereitschaft, nationale Prioritäten in einen größeren Zusammenhang zu stellen. Diese Voraussetzungen stehen im Widerspruch zu einer Strategie, die bewusst auf Differenz und nationale Eigenständigkeit setzt.

Zudem verstärkt die Fragmentierung europaskeptischer Kräfte die Handlungsunfähigkeit der Union in zentralen Politikfeldern. Ob bei der gemeinsamen Außenpolitik, der Energieversorgung oder der Regulierung von Migration – überall zeigt sich, dass fehlende Kohärenz die Effektivität europäischer Politik untergräbt.

Europa zwischen Fragmentierung und Notwendigkeit

Die Entwicklung verweist auf eine grundlegende Spannung, die die Europäische Union seit ihrer Gründung begleitet, heute jedoch in neuer Schärfe zutage tritt: das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Souveränität und supranationaler Kooperation.

Während wirtschaftliche und geopolitische Realitäten eine engere Zusammenarbeit erfordern – etwa im Wettbewerb mit den USA oder China –, treiben innenpolitische Dynamiken viele Akteure in eine entgegengesetzte Richtung. Europa wird so zum Schauplatz widersprüchlicher Erwartungen: Es soll Schutz bieten, ohne Kompetenzen zu beanspruchen; es soll handlungsfähig sein, ohne politische Integration zu vertiefen.

Diese Ambivalenz prägt nicht nur die Strategie Marine Le Pens, sondern das gesamte europäische Parteiensystem. Sie erklärt, warum Reformdebatten oft in institutionellen Blockaden enden und warum selbst weitreichende Krisen – von der Finanzkrise bis zum Ukrainekrieg – nur begrenzte strukturelle Veränderungen nach sich ziehen.

Die Zukunft der Europäischen Union wird daher weniger von programmatischen Entwürfen abhängen als von der Fähigkeit ihrer politischen Akteure, diese Spannung produktiv zu gestalten. Solange Europa jedoch primär als Instrument nationaler Politik begriffen wird,



Europa als politisches Instrument: Die paradoxe Strategie der Nationalisten

bleibt es anfällig für jene Kräfte, die es zugleich nutzen und infrage stellen.

Autor: P. Tiko